**Stand: 8.1.2024**

**Der Nahostkonflikt**

**Worum geht es?**

Palästina ist der ursprüngliche Name eines Gebietes an der südöstlichen Mittelmeerküste, welches das heutige Israel, Teile des heutigen Jordaniens, den Gazastreifen und das Westjordanland umfasste. Von 1516 bis zum Ende des Ersten Weltkriegs gehörte es zum Osmanischen Reich als Teil der Provinz Damaskus.

Heute bezeichnen die Palästinenser den Gazastreifen und Teile des Westjordanlands als Staat Palästina. Bei den Vereinten Nationen besitzt Palästina seit 2012 den Status als beobachtendes Nicht-Mitglied (Beobachterstatus). 193 VN-Mitglieder der Vollversammlung stimmten am 19. November 2012 dafür. Palästina wird von vielen Staaten der Welt anerkannt, jedoch nicht von allen. Auch Deutschland hat Palästina nicht offiziell anerkannt.

Die palästinensischen Gebiete umfassen eine Fläche von rund 6.000 Quadratkilometern. Das entspricht knapp dem Zweieinhalbfachen des Saarlandes. Dort leben etwa fünf Millionen Menschen. Ost-Jerusalem wird als Hauptstadt beansprucht. Gaza ist kleiner als das Bundesland Bremen.

Der Streit um das ursprüngliche Gebiet Palästinas zwischen Israel und den Palästinensern ist der Kern des Nahostkonflikts. Ziel: eine Zweistaatenlösung, nach der Israel und ein unabhängiger demokratischer und lebensfähiger palästinensischer Staat Seite an Seite in sicheren und anerkannten Grenzen leben. Die Historie dieses 100 Jahre alten Konflikts soll im Folgenden anhand seiner wichtigsten Daten erklärt werden.

**1897**

**Beginn der zionistischen Bewegung**

Theodor Herzl gilt als der Begründer der zionistischen Bewegung. Er veröffentlicht 1895 sein Hauptwerk „Der Judenstaat“, 1897 wird die Zionistische Weltorganisation gegründet. Zionismus ist eine politisch-religiöse Bewegung mit dem Ziel, einen jüdischen Nationalstaat in Palästina zu errichten.

**1917**

**Balfour Deklaration**

Im Ersten Weltkrieg erobern britische Truppen Palästina und das Land wird 1922 vom Völkerbund bestätigtes britisches Mandatsgebiet. In der sogenannten „Balfour Deklaration“ verspricht der britische Außenminister Lord Balfour die Errichtung einer „nationalen Heimstätte für das jüdische Volk in Palästina“. Gleichzeitig stellt Großbritannien den arabischen Völkern Unabhängigkeit in Aussicht, wenn sie sich dem Kampf gegen das Osmanische Reich anschließen.

**1922/1923**

**Völkerbundsmandat für Palästina**

Im September 1922, noch vor Inkrafttreten des Völkerbundsmandats für Palästina, setzte die britische Regierung die Teilung des Landes in Palästina westlich des [Jordans](https://de.wikipedia.org/wiki/Jordan) und Transjordanien östlich des Jordans durch (im Flächenverhältnis 22:78). Im selben Jahr wurde, ebenfalls in Erfüllung der Mandatsanforderungen, die [*Jewish Agency for Palestine*](https://de.wikipedia.org/wiki/Jewish_Agency) gegründet. Sie sollte die jüdische Einwanderung steuern, jüdische Interessen gegenüber dem [Mandatar](https://de.wikipedia.org/wiki/Mandatar) Großbritannien vertreten und den Aufbau paralleler Wirtschafts- und Verwaltungsstrukturen unterstützen. Die formelle Trennung vollzog sich am 25. März 1923, laut Artikel 25 des Mandats. **Jüdische Einwanderer in das Mandatsgebiet durften sich nun nur noch westlich des Jordans niederlassen oder Grundbesitz erwerben (auch heute noch das sog. Westjordanland).**

Im Laufe der britischen Mandatsherrschaft über Palästina verschärfen sich die jüdisch-palästinensischen Auseinandersetzungen um die Vorherrschaft im Lande immer mehr. Ein Grund ist die zunehmende jüdisch-zionistische Einwanderung aus Deutschland und Europa infolge der nationalsozialistischen Herrschaft, des Beginns des Zweiten Weltkriegs und der Verfolgung von Jüdinnen und Juden.

**1947**

**Teilungsplan der Vereinten Nationen**

Aufgrund der kontinuierlichen Verschärfung des Konflikts übergibt Großbritannien die Palästina-Frage an die Vereinten Nationen (VN). 1947 verabschiedet die VN-Generalversammlung den Teilungsplan (Resolution 181). Er sieht vor, Palästina in einen arabischen und einen jüdischen Staat zwischen Jordan und Mittelmeer zu teilen. Jerusalem soll unter internationaler Verwaltung stehen („corpus separatum“). Die arabischen Staaten lehnen den Teilungsplan ab.

**1948**

**Staatsgründung Israels und erster israelisch-palästinensischer Krieg**

Am 14. Mai 1948 verlassen die letzten britischen Truppen das Mandatsgebiet. Am selben Tag ruft der designierte israelische Ministerpräsident David Ben-Gurion den unabhängigen souveränen Staat Israel in Tel Aviv aus. Ein palästinensisches Pendant fehlt bis heute. Daraufhin marschieren arabische Armeen aus Ägypten, Jordanien, Syrien, dem Libanon und dem Irak in Israel ein. Israel kann den Angriff abwehren und sein Staatsgebiet vergrößern. Es wird seither weithin international als Staatsgebiet Israels innerhalb der sog. Grünen Linie anerkannt. Jordanien kann allerdings das Westjordanland einschließlich Ost-Jerusalem erobern, so dass das den Palästinensern zugedachte Gebiet erst einmal nicht mehr verfügbar ist.

Infolge des ersten israelisch-arabischen Krieges flüchteten rund 700.000 Palästinenser aus dem heutigen Gebiet des Staates Israel oder wurden von dort vertrieben, vor allem in das jordanisch kontrollierte Westjordanland, in den von Ägypten annektierten Gazastreifen und in arabische Nachbarstaaten. Rund 150.000 der ursprünglich ansässigen Palästinenser blieben in Israel. den Libanon. Die VN-Generalversammlung postulierte 1948 in ihrer Resolution 194 ein Rückkehrrecht. Dieses Rückkehrrecht ist eine besonders heikle Frage der Endstatusfragen.

**1948**

Israel wird Vollmitglied der VN.

Da die Knesset im Juni 1948 die Rückkehr palästinensischer Flüchtlinge kategorisch ablehnt, gründet die VN-Generalversammlung 1949 das Hilfswerk der Vereinten Nationen für die Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten (UNWRA). Ursprünglich als temporäre Maßnahme geplant, leistet die UNWRA seit nunmehr bald 80 Jahren in den palästinensischen Gebieten und den Nachbarstaaten, insbesondere auch im Bereich Bildung und Gesundheit, humanitäre Hilfe. Ihr ist damit eine bedeutende Rolle beim Erhalt der regionalen Stabilität zugewachsen. Der Anteil der von der UNWRA registrierten Flüchtlinge ist besonders hoch in Gaza (rd. 70%), im Westjordanland liegt der Anteil bei knapp 30% und im Libanon bei 10%. Ende 2022 lebten 2.4 Mio registrierte Flüchtlinge in Jordanien, über 1.5. Mio in Gaza, über 900.000 im Westjordanland, knapp 480.000 im Libanon und 580.000 in Syrien.

**1956**

**Suezkrise**

1956 kommt es zum zweiten israelisch-arabischen Krieg, auch Suezkrise genannt. Nach der Verstaatlichung des Suezkanals durch Ägypten greifen Israel, Großbritannien und Frankreich das Land an. Israel besetzt die Sinai-Halbinsel und den Gazastreifen. Die britisch-französische Intervention wird jedoch von den USA, der Sowjetunion und den Vereinten Nationen verurteilt und alle Länder zum Waffenstillstand und Rückzug gezwungen.

**1964**

**Gründung der PLO**

Der erste Palästinensische Nationalrat beschließt am 1. Juni 1964 in Jerusalem, die Palästinensische Befreiungsorganisation (Palestine Liberation Organisation, PLO) zu gründen. 1974 erkennen die Vereinten Nationen die PLO als offizielle Vertretung des palästinensischen Volkes an. Jordanien übergibt das 1950 annektierte Westjordanland an die PLO.

**1967**

**Junikrieg**

Auslöser des Junikrieges bzw. dritten israelisch-arabischen Krieges ist die von Ägypten am 22. Mai 1967 verkündete Blockade der Meerenge von Tiran für israelische Schiffe. Ägyptische Truppen werden in den Sinai verlegt. Am 25. Mai fordert Ägypten Syrien, Jordanien, der Irak und Saudi-Arabien auf, ihre Truppen an Israels Grenzen zu stationieren.

Israel reagiert auf dieses Militäraufgebot mit einem überraschenden Präventivschlag am 5. Juni 1967 und besiegt die gegnerischen Streitkräfte. Auf Druck der USA und der Sowjetunion hin wird bereits am 11. Juni 1967 der Waffenstillstand unterzeichnet. Israel bezeichnet den Krieg daher auch als Sechstagekrieg.

Israel besetzt das Westjordanland, Ost-Jerusalem, die Golanhöhen und den Gazastreifen. Erneut müssen 250.000-300.000 Palästinenser fliehen.

Im November 1967 beschließt der UN-Sicherheitsrat die Resolution 242. Sie beinhaltet Israels Rückzug aus den 1967 besetzten Gebieten und eine gerechte Lösung des Flüchtlingsproblems. **Indirekt bedeutet die Resolution eine Anerkennung der seit 1947 von den Israelis geschaffenen Fakten der Landaufteilung in Form der Waffenstillstandslinien.** 242 ist seitdem die Grundlage aller Friedensverhandlungen.

**1973**

**Jom-Kippur-Krieg**

Am 6./7. Oktober 1973 erfolgt an Jom Kippur, dem höchsten jüdischen Feiertag, ein Überraschungsangriff ägyptischer und syrischer Truppen auf Israel. Mit Unterstützung der USA kann Israel den vierten israelisch-palästinensischen Krieg nach anfänglichen empfindlichen Verlusten doch noch gewinnen. In der VN-Resolution 338 rufen die Vereinten Nationen alle Parteien dazu auf, das Feuer einzustellen. MP Golda Meir übernimmt die Verantwortung dafür, dass Israel am Rande einer Niederlage stand, und tritt 1974 zurück. Das Datum des Hamas-Massakers am 7.10.2023 dürfte auf den Anfang des Krieges Bezug nehmen.

1979 kommt es zur Unterzeichnung eines Friedensvertrags zwischen Israel und Ägypten. Dieser regelt unter anderem die Rückgabe der Sinai-Halbinsel an Ägypten 1982 und stellt eine Selbstverwaltungsperspektive für die Palästinenser in Aussicht.

**1982**

**Erster Libanonkrieg**

Nach Angriffen der Palästinensische Befreiungsorganisation PLO auf israelische Siedlungen im Norden des Landes (Galiläa) reagiert Israel Anfang Juni mit massiven Luftangriffen auf PLO-Stellungen im Libanon. Israel startet beim fünften israelisch-arabischen Krieg eine Invasion des Libanon und greift Syrien an. Auf Druck der USA und der Sowjetunion hin kommt es wenige Tage später zum Waffenstillstand, 1983 beendet ein Friedensvertrag den Krieg im Libanon.

**1987**

**Erste Intifada**

In den 1980er-Jahren nehmen die Spannungen zwischen Israelis und Palästinensern immer mehr zu und gipfeln in der Ersten Intifada (arabisch: Abschüttlung, Aufstand) ab Dezember 1987.

Auslöser ist der Zusammenstoß eines israelischen Lastwagens mit zwei palästinensischen Taxen mit vier palästinensischen Todesopfern. Während der Begräbnisse im Gazastreifen kommt es zu Massendemonstrationen und Ausschreitungen. Mit Steuerstreiks, dem Boykott israelischer Waren und Demonstrationen wollen die Palästinenser:innen ein Ende der Besatzung erzwingen. Das Werfen von Steinen gegen israelische IDF-Angehörige und Panzer der „Krieg der Steine“, wird zu einem Ritual.

Scheikh Yassin gründete die Hamas, den palästinensischen Ableger der Muslimbrüderschaft. Fundament der Gründungscharta von 1988: die Vernichtung Israels und die Ablehnung jeglicher Verhandlungslösung. Text: <https://embassies.gov.il/berlin/AboutIsrael/the-middle-east/naherostendokumente/Die%20radikalislamische%20Terrororganisation%20Hamas.pdf>.

1991 nehmen die gewaltsamen Auseinandersetzungen ab. Mit dem Osloer Friedensabkommen von 1993 endet die Erste Intifada.

**1991**

**Madrider Nahostfriedenskonferenz (nach 2. Golfkrieg und Ende des Ost-West-Konflikts)**

Die Friedenskonferenz von Madrid ist ein Versuch der internationalen Gemeinschaft, einen [Friedensprozess](https://de.wikipedia.org/wiki/Friedensprozess_im_Nahen_Osten) für den [Nahostkonflikt](https://de.wikipedia.org/wiki/Nahostkonflikt) in Gang zu bringen, indem [Israel](https://de.wikipedia.org/wiki/Israel), [Syrien](https://de.wikipedia.org/wiki/Syrien), [Libanon](https://de.wikipedia.org/wiki/Libanon), [Jordanien](https://de.wikipedia.org/wiki/Jordanien) und die [Palästinenser](https://de.wikipedia.org/wiki/Pal%C3%A4stinenser) an den Verhandlungstisch geholt wurden. Sie wird durch die Regierung [Spaniens](https://de.wikipedia.org/wiki/Spanien) unter Mitwirkung der [Vereinigten Staaten](https://de.wikipedia.org/wiki/Vereinigte_Staaten) und der [Sowjetunion](https://de.wikipedia.org/wiki/Sowjetunion) abgehalten. Die Konferenz beginnt am 30. Oktober 1991 und dauerte drei Tage.

 **1993**

**Beginn des Osloer Friedensprozesses**

Im Januar 1991 Geheimgespräche zwischen Israel und PLO in Oslo. Am 13. September 1993 unterzeichnen der israelische Premierminister Jitzhak Rabin und der PLO-Vorsitzende Jassir Arafat in Washington D.C. das Osloer Friedensabkommen (Oslo I israelisch-palästinensische Prinzipienerklärung).

In dieser Erklärung erkennen sich Israel und die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) gegenseitig an und einigen sich auf einen stufenweisen Abzug israelischer Truppen aus den 1967 besetzten palästinensischen Gebieten. In einer fünfjährigen Übergangsperiode (4. Mai 1994 bis 4. Mai 1999) soll eine Palästinensische Autonomiebehörde (PA) die palästinensischen Bevölkerungszentren verwalten und dort für Sicherheit sorgen. Strittige Fragen werden bei diesem Abkommen ausgeklammert und sollen im weiteren Friedensprozess bis zum 4. Mai 1999, der Übergangsperiode) geklärt werden. Das Osloer Interimsabkommen mit seiner Übergangsperiode hätte am 4. Mai 1999 enden sollen. Es gilt im Grunde heute noch - ohne Abkommen. Weitere Abkommen im Rahmen von Oslo:

4. Mai 1994: Gaza-Jericho-Abkommen; Etablierung der Palästinensischen Autonomiebehörde.

16. Oktober 1994: Israelisch-Jordanischer Friedensvertrag

Mit dem **Oslo-II-Abkommen vom 24. September 1995** beginnt 1996 die Errichtung einer palästinensischen politischen Struktur. Die Selbstverwaltung der Palästinenser wird ausgeweitet. Im Westjordanland, dem Gazastreifen und in Ost-Jerusalem finden erstmals freie Wahlen statt. Jassir Arafat wird zum Präsidenten der Palästinensischen Autonomiebehörde gewählt, seine Partei Fatah erringt die Mehrheit der Parlamentssitze.

**Am 4. November 1995 wird Jitzhak Rabin ermordet**. Die vorgesehenen weiteren Friedensverhandlungen geraten ins Stocken.

**2000**

**Camp-David- und Taba-Verhandlungen im Juli/ Januar 2001, Ausbruch der zweiten Intifada. Scheitern der Verhandlungen. Machtwechsel Barak/Sharon.**

Im Mai 2000 Rückzug Israels aus dem Südlibanon. Im **Juli 2000** werden in **Camp David** auf Einladung und unter persönlicher Präsenz des US-amerikanischen Präsidenten Bill Clinton zum ersten Mal die schon in Oslo vereinbarten **Verhandlungen auf höchster Ebene zwischen MP Ehud Barak und Yassir Arafat** über ein sogenanntes **Endstatusabkommen** aufgenommen. Sie bringen in den zwei Wochen im Juli noch **keine Einigung**. Die fortlaufenden Bemühungen um ein Verhandlungsergebnis werden jedoch nachhaltig gestört durch den Besuch des damaligen israelischen Oppositionsführers Ariel Scharon auf dem Tempelberg / Haram al-Scharif am 28.9. und durch die völlig überraschend am Folgetag ausbrechende Unruhen, im Rückblich durch die **Zweite Intifada,** die bis 2005 andauert. Die Ursache für den Aufstand soll dabei die Unzufriedenheit der palästinensischen Bevölkerung mit dem gescheiterten Friedensprozess gewesen sein. Dies ist aber nur teilweise nachvollziehbar, da die Gipfeldiplomatie den ganzen Herbst 2000 über zu retten sucht, was zu retten geht und noch im Januar 2001 auf der Basis der sog. Clinton-Parameter (Eckpunkte) weitere Endstatus-Gespräche im **ägyptischenTaba** geführt werden. Sie werden beendet, weil die Amtszeit Clintons zu Ende geht und Ehud Barak sich Neuwahlen stellen muss, in denen er gegen Sharon verliert.

**2002**

**Internationaler Friedensplan (Roadmap)**

Im September 2002 legt das Nahost-Quartett (USA, Russland, EU, UN) ein Friedenskonzept, die sogenannte „Roadmap“, zur Beilegung des israelisch-palästinensischen Konflikts vor. Die Roadmap sieht die Verwirklichung einer Zwei-Staaten-Lösung vor, die in einem Stufenplan bis Ende 2005 ein Ende des Nahostkonflikts bringen soll. Die Roadmap greift eine Rede von Präsident Bush vom 24. Juni 2002 auf, in der er sich als erster Präsident ausdrücklich zu dieser Zweistaatenreglung bekennt: Israel und ein unabhängiger demokratischer und lebensfähiger palästinensischer Staat, die Seite an Seite in sicheren und anerkannten Grenzen leben. Das israelische Kabinett billigte das erste und einzige Mal eine solche Zwei-Staaten-Lösung. am 19. November 2003 rief der Sicherheitsrat die Konfliktparteien dazu auf, die Roadmap umzusetzen: Eindämmung der Gewalt, Rückkehr an den Verhandlungstisch mit dem Ziel, eine Friedenslösung zu finden., Bis heute ist die Roadmap in wesentlichen Teilen nicht umgesetzt, da sich Sharon weigerte, „unter Feuer“ (Terror) zu verhandeln und statt Verhandlungen einseitigen Schritten den Vorzug gab, um wenigstens ansatzweise die Roadmap aufzugreifen. Für die EU sind die Roadmap-Eckpunkte allerdings weiterhin Grundlage ihres Handelns: Jerusalem, Grenzen, Sicherheit, Flüchtlinge. Es ist der einzige Friedensplan, auf den sich die Konfliktparteien Israel und PLO, EU, RUS, VN und USA je in der Geschichte des Nahostfriedensprozesses geeinigt haben. Der Sicherheitsrat der VN fordert in einer Sicherheitsratsresolution dazu auf, die Roadmap umzusetzen.

**2005**

**Einseitiger Rückzug aus dem Gazastreifen**

2005 zieht sich Israel einseitig aus dem Gazastreifen zurück, ohne auch nur den Versuch zu machen, den Rückzug mit einer politischen Perspektive Richtung Schaffung eines palästinensischen Staates (im Sinne der Roadmap) zu verbinden oder die politisch und rechtlich alleine für Gaza verantwortliche Autonomiebehörde einzubinden. Die beabsichtigte Beruhigung der Lage im Gazastreifen gelingt nicht. Es gibt mehrere Gazakrisen bis zum 7.10.2024.

**2006/2007**

**Innerpalästinensische Spaltung und nach Wahlen 2007 Machtübernahme im Gazastreifen durch Hamas**

2006 gewinnt die radikalislamische Hamas die palästinensischen Parlamentswahlen mit absoluter Mehrheit. 2007 kommt zu einem blutigen Machtkampf zwischen Fatah und Hamas in den palästinensischen Autonomiegebieten und einer faktischen Aufteilung: Die Hamas kontrolliert fortan den Gazastreifen, während das Westjordanland in den Händen der Fatah bleibt. Regelmäßige Raketenangriffe auf Israel führen alle zwei Jahre zu militärischen Gegenreaktionen Israels. Siehe weiter unten ab 2008.

## 2006

### Zweiter Libanonkrieg

Nach der Tötung israelischer Soldaten durch die libanesische Hisbollah-Miliz kommt es im **Juli und August 2006 zu Kampfhandlungen zwischen Israel und dem Libanon**. Nach Vermittlung der UN wird im August 2006 ein Waffenstillstand vereinbart.

## 2007

### Treffen in Annapolis

### Am 27. November 2007 lädt Präsident Bush Präsident Machmud Abbas und den israelischen Premier Ehud Olmert (2006-2009) in die US-Naval Acadamy in Annapolis, Maryland, ein. Die Parteien einigen sich darauf, ihre jeweiligen Verpflichtungen aus der Roadmap von 2003 umzusetzen, die Endstatusgespräche wieder aufzunehmen und bis Ende 2008 eine Zweistaatenlösung auszuhandeln.

## 2008

###  Umsetzung der Vereinbarungen von Annapolis

### Schon im Vorfeld gibt es in sechs Treffen eine Vorabverständigung zwischen Olmert und Abbas über grundlegende Fragen. Zudem beginnt Abbas unter CIA-Anleitung die Reform des Sicherheitsapparats, wie in der Roadmap vorgesehen. In diesem Kontext ordnet er die Entwaffnung aller Milizen an - einschließlich der Al-Aqsa-Märtyrer-Brigaden. Im Gegenzug erfolgt die Amnestierung von über 450 flüchtigen Angehörigen der Brigaden und des Tanzim, des militärischen Arms der Fatah.

### Es gibt insgesamt über 40 Treffen Olmert/Abbas über den Endstatus. Olmert geht deutlich über die Barak-Offerte von 2000 hinaus. Sein Vorschlag: lediglich die Siedlungsblöcke und damit 6,5% der 1967 besetzten Gebiete zu annektieren und rund 5,6% Land innerhalb Israels dafür auszutauschen. Bei Jerusalem bot Olmert Teilung der Stadt an und für das sog. Heilige Becken (Altstadt, Tempelberg/Haram al-Scharif, die an die Altstadt grenzende Davidstadt und den Ölberg) einen Sonderstatus unter Verwaltung einer dritten Partei einzurichten. Eine Einigung bleibt aus, weil Olmert im September 2008 wegen Korruptionsvorwürfen seinen Rücktritt bekanntgab und für Februar 2008 Neuwahlen anberaumt wurden. Nachfolger: Benjamin Netanjahu. Dies sind bis heute die letzten umfassenden bilateralen Verhandlungen zwischen den beiden Konfliktparteien über ein Friedensabkommen.

## 2008

### Erster Gazakonflikt

Im **Dezember 2008** kommt es zu **massiven Luftangriffen durch israelische Luftstreitkräfte** auf Einrichtungen und Mitglieder der Hamas im Gazastreifen. Begründet wird die Offensive mit wiederholten Raketenangriffen vom Gazastreifen aus auf israelische Städte. Im Januar 2009 startet auch eine Bodenoffensive, zehntausende palästinensische Häuser werden zerstört. Mitte Januar wird eine Waffenruhe vereinbart.

## 2012

### Zweiter Gazakonflikt

Nach erneuten Raketenanschlägen vom Gazastreifen aus antwortet Israel im November 2012 mit Luftangriffen. Erstmals trafen Raketen auch die israelischen Großstädte Tel Aviv und Jerusalem.

## 2012

### Palästina erhält Status als "Beobachterstaat"

Am 29. November 2012 wird der Status Palästinas als Beobachterstaat bei den Vereinten Nationen aufgewertet.

### 2014

### Erfolglose Friedensbemühungen der Obama-Administration Anfang 2014

### Die Bemühungen von Präsident Obama kamen über Vorgespräche mit Unterhändlern beider Seiten und eine intensive Pendeldiplomatie von Außenminister Kerry nicht hinaus. Auch ein Treffen des palästinensischen Präsidenten und von Ministerpräsident Netanjahu, der seit März 2009 wieder im Amt war, gelang nicht. Die letzten Bemühungen von Außenminister Kerry scheiterten im April 2014. Nachdem sich die verschiedenen palästinensischen Fraktionen (auch Hamas) im April auf die Bildung einer Regierung des nationalen Konsenses geeinigt hatten, brach Israel seinerseits den Prozess ab. Netanjahu: Abbas müsse sich entscheiden, ob Frieden mit Israel oder der Hamas wolle.

### 2014

### Dritter Gazakonflikt

Raketenbeschuss Israels durch die Hamas, Militäroffensive durch israelische Streitkräfte im Juli und August 2014.

### 2017

### US-Präsident Donald Trump erkennt Jerusalem als Israels Hauptstadt an

**US-Präsident Donald Trump erkennt im Dezember 2017 Jerusalem als Israels Hauptstadt an und verlegt die amerikanische Botschaft von Tel Aviv nach Jerusalem. Dieses Vorgehen stößt international auf heftige Kritik. Die UN-Vollversammlung verabschiedet eine Resolution, in der sie die USA auffordert, ihre Entscheidung zurückzunehmen. Die Resolution ist völkerrechtlich nicht bindend.**

## 2020

### Trump-Plan

Am **28. Januar 2020** stellt **US-Präsident Donald Trump** zusammen mit dem israelischen Premierminister Benjamin Netanjahu seinen **Friedensplan** zur Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts vor. Die Regierung der palästinensischen Autonomiegebiete lehnt den nicht mit der palästinensischen Seite abgestimmten Plan von vornherein ab.

## 2020

### Abraham-Abkommen

Am 15. September 2020 einigen sich **Israel** und die **Vereinigten Arabischen Emirate (VAE)** sowie Israel und **Bahrain** in den **Abraham-Abkommen** auf eine Normalisierung ihrer Beziehungen. Am 22. Dezember 2020 unterzeichnen Israel und **Marokko**, und am 6. Januar 2021 Israel und **Sudan** entsprechende Abkommen. Die vier Übereinkommen sehen die gegenseitige Anerkennung und die Aufnahme diplomatischer Beziehungen vor.

## 2021

### Israel-Gaza-Konflikt

Erneut massive militärische Auseinandersetzungen zwischen Israel und dem Gazastreifen mit Raketenanschlägen durch die Hamas und Luftangriffen durch Israel im Mai 2021.

## 2023

### Israel-Gaza-Krieg

Der Nahostkonflikt erreicht eine neue Eskalationsstufe. Am 7. Oktober 2023 beschießt die radikalislamische Terrorgruppe Hamas vom Gazastreifen aus Israel mit Raketen. Dabei wurden 1.139 Menschen getötet und rund 3.000 verletzt (Stand 19.10.2023). Der Terror der Hamas richtete sich mit Massakern insbesondere und gezielt gegen die israelische Zivilbevölkerung. Zudem verschleppte die Hamas 240 Menschen als Geiseln. 130 Menschen sind noch in den Händen der Hamas. Der Terrorakt der Hamas markiert den Beginn eines weiteren Krieges im Nahen Osten. Israel hat als Reaktion auf die Terrorattacke eine massive Militäroperation gegen den von der Hamas kontrollierten Gazastreifen begonnen. Die Folgen für Israel, für die palästinensische Zivilbevölkerung, unter der es bereits über 20.000Tote gibt, sowie für den Nahen Osten insgesamt sind noch nicht absehbar. Was die Hamas mit diesem Terrorakt allerdings geschafft hat: Die Palästinenserfrage ist wieder auf der internationalen Agenda. Die weitere Normalisierung der bilateralen Beziehungen mit arabischen Staaten (wie Saudiarabien) ist gestoppt. In den Augen der arabischen Welt ist die vom Westen als Terrororganisation angesehene Hamas nach dreimonatigem Kriegsgeschehen zu einem regelrechten Kombatanten geworden.

## Quellen

Muriel Asseburg, Jan Busse, Der Nahostkonflikt, 4. Auflage 2024

<https://www.lpb-bw.de/nahostkonflikt#c98682>

Eigene Unterlagen

## Zusatz 2024, nicht unmittelbar den Nahostkonflikt betreffend:

## Justizreform in Teilen vom Obersten Gericht am 1.1.2024 gestoppt.

## Im Kern ging es bei der Justizreform von 2023 darum, dem Obersten Gericht die Möglichkeit zu nehmen, gegen „unangemessene“ Entscheidungen der Regierung, des Ministerpräsidenten oder einzelner Minister vorzugehen. Die Knesset kann nach diesem Urteil nicht machen, was sie will, wenn es Grundgesetze verabschiedet. Solche können in Israel mit einfacher Mehrheit verabschiedet werden. Die Justizreform Netanjahus hat die israelische Gesellschaft 2023 buchstäblich gespalten. Das Urteil ist wichtig, da es im israelischen System keine weiteren Kontrollmechanismen gibt. Der Staatspräsident hat kein Vetorecht und es gibt kein Zweikammersystem (wie dies etwa in Deutschland der Fall ist). Die Knesset ist de facto der verlängerte legislative Arm der Regierung, weil die jeweilige Regierungskoalition in der Regel in der Knesset eine Mehrheit hat. Die Regierung will während des Gazakriegs nicht gegen das Urteil vorgehen.